



## **PRESSEMITTEILUNG**

Berlin, 09.01.2015

### **SPD fordert Einigung, bevor die Bahnen still stehen**

Der Streit um die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch die so genannten Regionalisierungsmittel geht vorerst weiter. Zwischen Bund und Ländern ist noch keine Übereinkunft in Sicht – Schlüsselfigur ist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). In der vergangenen Woche hat es eine öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zu dem Thema gegeben. Die Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Pirmasens/Zweibrücken Angelika Glöckner (SPD) sagte dazu: „Die Situation in den Ländern wird immer schwieriger. Wir in der SPD-Bundestagsfraktion fordern eine schnelle Einigung, um die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs langfristig zu sichern. Wir brauchen eine verlässliche Einigung, bevor die Bahnen vor Ort still stehen. Das betonen wir insbesondere über unsere Verkehrs- und Haushaltspolitiker“

Nicht nur die Verbesserungen im „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ sind gefährdet.

Angelika Glöckner, die in Kontakt mit den rheinland-pfälzischen Zweckverbänden für Schienenpersonennahverkehr, der BAG SPNV sowie mit Initiativen für den Schienenverkehr in der Region steht, sieht die Gefahr, dass das Land im schlimmsten Fall in den Bestand eingreifen muss. „Wenn sich das Finanzministerium in der Frage nicht bewegt, kann es auch auf mehreren Strecken in der Region im täglichen Verkehr Ausdünnungen geben“, stellt Angelika Glöckner klar.

Das Erfolgsprojekt „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ darf nicht gefährdet werden. „Von der CDU aus Rheinland-Pfalz erwarte ich, dass sie auf ihren Parteifreund Bundesfinanzminister Schäuble einwirkt und nicht nur daherredet“, macht die SPD-Abgeordnete deutlich. In der Frage der Regionalisierungsmittel besteht dringender Handlungsbedarf. „Die Novellierung des Regionalisierungsgesetzes, die eigentlich schon für 2014 geplant war, muss endlich geschehen und sie muss sich klar an den Bedarfen der Schieneninfrastruktur orientieren“, so Angelika Glöckner.

Die Abgeordnete, die sich im Bundestag in der AG Kommunales und im Netzwerk Regionale Strukturentwicklung intensiv mit dem Thema befasst, sieht sonst die Gefahr, dass Infrastrukturprojekte, die das Land und die Region dringend benötigen um Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen, durch die Verzögerungstaktik des Finanzministeriums auf der Strecke bleiben.

### **Hintergrund:**

#### **Regionalisierungsmittel**

Als Regionalisierungsmittel werden Gelder bezeichnet, die die Länder vom Bund zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bekommen. Grundlage ist die Bahnreform von 1993 (RegG). Während der Fernverkehr ohne staatliche Zuschüsse eigenwirtschaftlich von den Eisenbahnverkehrsunternehmen betrieben wird, ist der Nahverkehr in großem Maße auf eine finanzielle Hilfe

vom Bund angewiesen, um die Beförderung vor Ort sicherzustellen. Diese Gelder sind ein Anteil aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes.

Die Finanzierung muss gem. § 5 Abs. 5 RegG für den Zeitraum ab 2015 neu festgesetzt werden. 7,4 Mrd. Euro will der Bund in diesem Jahr den Ländern für den ÖPNV bezahlen, eine Steigerung von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Drs. 18/3785). Aufgrund der stetig steigenden Preise für Personen und Energie, fordern die Länder in einem eigenen Gesetzentwurf (Drs. 18/3563) Mittel in Höhe von 8,5 Mrd. Euro.